

No. 33751

**AUSTRIA
and
ARMENIA**

**Agreement on bilateral foreign trade relations. Signed at
Vienna on 26 April 1994**

Authentic texts: German and Armenian.

Registered by Austria on 28 April 1997.

**AUTRICHE
et
ARMÉNIE**

**Accord sur les relations bilatérales de commerce extérieur.
Signé à Vienne le 26 avril 1994**

Textes authentiques : allemand et arménien.

Enregistré par l'Autriche le 28 avril 1997.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER
REPUBLIK ARMENIEN ÜBER DIE BILATERALEN AUSSEN-
WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN

- Die Republik Österreich und die Republik Armenien, im folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind
- vom Wunsche geleitet, die bestehenden bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zu verstärken,
 - im Bestreben, den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische, technisch-wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu fördern,
 - in der Überzeugung, daß das vorliegende Abkommen eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen schafft,
 - ausgehend von marktwirtschaftlichen Grundsätzen,
 - im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften.

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Republik Österreich und die Republik Armenien gewähren einander die Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben sowie des Erhebungsverfahrens für solche Zölle und sonstige Abgaben, die anlässlich der Einfuhr oder Ausfuhr von Waren erhoben werden.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß die Meistbegünstigung sich insbesondere nicht auf Zugeständnisse, Vorteile oder Befreiungen bezieht, die eine der Vertragsparteien gewährt oder gewähren wird:

- a) Nachbarstaaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs,
- b) Staaten, die mir ihr einer Zollunion oder einer Zone des freien oder präferentiellen Handels angehören, die bereits besteht oder in Zukunft geschaffen wird,
- c) Drittstaaten in Anwendung multilateraler Abmachungen, an denen die andere Vertragspartei nicht teilnimmt.

Artikel 2

Die Vertragsparteien werden im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften ihre bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Organisationen, Gesellschaften und Institutionen, im folgenden „Unternehmen“ genannt, beide Staaten fördern.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften die wirtschaftliche, industrielle, technische, technisch-wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit fördern.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß insbesondere in folgenden Bereichen Kooperationsmöglichkeiten gegeben sind:

- Land- und Forstwirtschaft: Agrar- und Forsttechnik,
- Lebensmittelindustrie: Verbesserung der Verarbeitung, Lagerung, Verpackung und Transport landwirtschaftlicher Produkte,
- Revitalisierung, Modernisierung, Ausbau und Automation bestehender Anlagen: Rüstungskonversion,
- Leichtindustrie, einschließlich Produktion qualitativ hochwertiger und konkurrenzfähiger Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederwaren,
- Metallurgie, einschließlich Buntmetallurgie und metallverarbeitende Industrie,
- Großindustrieanlagen,
- chemische und petrochemische Industrie.

- Gesundheitswesen. Medizintechnik, medizinische und pharmazeutische Industrie.
- Bauwesen: Herstellung von Baumaterialien und diesbezüglicher Ausrüstungen; Bautechnik.
- Umwelt-, Natur-, Landschafts- und Bodenschutz, einschließlich Produktion und Anwendung biologischer Pflanzenschutzmittel.
- Aufsuchung, Gewinnung, Aufbereitung, Veredlung und Weiterverarbeitung sowie Vermarktung von Bodenschätzen und Bergbauprodukten.
- Heil- und Mineralwässer.
- Ausbau und Revitalisierung der Kraftwerke, insbesondere im Bereich Hydroenergetik, sowie des Hochspannungsleitungsnetzes und der Leitungsnetze für Erdgas und Erdöl.
- elektrische Geräte und Haushaltstechnik.
- elektronische und elektrotechnische Industrie.
- Holzverarbeitende, Papier- und Zellstoffindustrie.
- Aus- und Weiterbildung in den Bereichen Management, Außenhandel, Wirtschaftsverwaltung, Tourismus, gewerblicher Rechtsschutz, Bank-, Finanz- und Versicherungswesen.

Diese Zusammenarbeit könnte in folgenden Formen verwirklicht werden:

- Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Investitionen in allen Wirtschaftsbereichen.
- Errichtung von Firmenvertretungen und Niederlassungen.
- Technologie- und Know-how-Transfer; angewandte Forschung.
- Austausch von Patenten und Lizenzen sowie sonstigen gewerblichen Schutzrechten.
- Harmonisierung von Normen und technischen Vorschriften.
- Zertifizierungs- und Prüfungswesen.
- finanzielle, Bank- und Versicherungsdienstleistungen, Marketing, Consulting und sonstige Dienstleistungen.
- Erstellung von Feasibilitystudien.
- Organisation und Durchführung von gemeinsamen Seminaren, Symposien und Konferenzen; Veranstaltung von Ausstellungen und Messen; Austausch von Delegationen und Experten im Wirtschaftsbereich.
- Austausch von juristischen, wirtschaftlichen, statistischen und technischen Dokumentationen, Informationen und Publikationen.

(3) In allen Bereichen der Zusammenarbeit sollen die Projekte grundsätzlich nach den höchsten Standards der Umwelttechnologien verwirklicht werden.

Artikel 4

Die Vertragsparteien werden im Bewußtsein der Notwendigkeit der Verwirklichungen wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch vertretbarer Infrastruktursysteme höchstes Interesse der Zusammenarbeit in folgenden Bereichen widmen:

- Energie: Hydroenergetik.
- Eisenbahnnetze.
- Luftfahrt.
- Straßennetze.
- Telekommunikation.
- Transportwesen.
- Recycling und Abfallwirtschaft.
- Bodenverbesserung und Wasserwirtschaft.

Artikel 5

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß der Tourismus zur Vertiefung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen wesentlich beitragen kann.

(1) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und auf Grundlage der Empfehlungen der Konferenz der Vereinten Nationen über den Fremdenverkehr und die internationalen Reisen, Rom 1963, und der „Tourismus-Charta und Touristencode“, Sofia 1985, werden beide Vertragsparteien den Tourismus fördern.

(2) Die wirtschaftliche, technische und fachliche Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie beim Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes erfolgen und auf Qualität im Tourismus bedacht sein.

Artikel 6

Die Vertragsparteien werden den Schutz des gewerblichen Eigentums und dessen Durchsetzung im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und insbesondere auf Grundlage der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums fördern sowie Maßnahmen zur Entwicklung und zum Ausbau der Zusammenarbeit vereinbaren.

Artikel 7

Der Zahlungsverkehr zwischen der Republik Österreich und der Republik Armenien erfolgt in Übereinstimmung mit den im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften in frei konvertierbarer Währung.

Artikel 8

(1) Der Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische, technisch-wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens wird auf kommerzieller Grundlage durchgeführt.

(2) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften können die Unternehmen beider Vertragsparteien zur Erhöhung des Handelsvolumens und zur Erweiterung der Warenvielfalt Handel in jeder beliebigen Form entsprechend den internationalen Handelsgebräuchen, darunter auch in Form von Counter- und Bartertrading treiben.

(3) Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten erfolgt zu marktgerechten Preisen.

Artikel 9

(1) Die Vertragsparteien nehmen Konsultationen auf, sobald eine Ware im Handel zwischen den Vertragsparteien in solchen Mengen oder zu solchen Preisen oder zu solchen Bedingungen eingeführt wird, daß den inländischen Herstellern gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren eine schwerwiegende Schädigung verursacht wird oder verursacht zu werden droht.

In diesem Fall stellt jene Vertragspartei, die die Konsultationen beantragt hat, der anderen Vertragspartei im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften alle für die Prüfung des Sachverhalts erforderlichen Informationen zur Verfügung.

(2) Stellen die Vertragsparteien in diesen Konsultationen einvernehmlich fest, daß eine im Abs. 1 genannte Situation besteht, so werden die Ausfuhren beschränkt oder andere Maßnahmen getroffen, um eine Schädigung zu verhüten oder zu beseitigen.

(3) Erzielen die Vertragsparteien keine Einigung, so steht es der Vertragspartei, welche die Konsultationen beantragt hat, frei, die Einfuhren der betreffenden Waren soweit und so lange zu beschränken, wie dies zur Verhütung oder Beseitigung des Schadens erforderlich ist. Der anderen Vertragspartei steht es dann frei, von ihren Verpflichtungen gegenüber der ersten Vertragspartei für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

(4) In Fällen besonderer Dringlichkeit, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde, können vorläufige Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen getroffen werden. In diesem Fall setzt jene Vertragspartei, die die vorläufigen Maßnahmen ergriffen hat, die andere Vertragspartei davon unverzüglich und schriftlich in Kenntnis. Danach sind sofort Konsultationen aufzunehmen.

(5) Bei der Auswahl von Maßnahmen nach diesem Artikel bevorzugen die Vertragsparteien Maßnahmen, die das Weiterfunktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.

Artikel 10

Die Vertragsparteien erkennen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen an.

Artikel 11

(1) Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen zur Streitbeilegung primär freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen.

(2) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften empfehlen die Vertragsparteien die Anwendung der von der Kommission der Vereinten Nationen für Internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ausgearbeiteten Schiedsregeln und die Einschaltung eines Schiedsgerichtes eines Unterzeichnerstaates des am 10. Juni 1958 in New York geschlossenen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche.

Artikel 12

Die während der Geltungsdauer des vorliegenden Abkommens von den Unternehmen beider Staaten übernommenen Rechtsverbindlichkeiten bleiben vom Ablauf oder einer Änderung des vorliegenden Abkommens unberührt.

Artikel 13

(1) Mit dem vorliegenden Abkommen wird ein „Gemischter Ausschuß“ errichtet, welcher auf Wunsch einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd nach Österreich oder Armenien einberufen wird.

(2) Zu den Aufgaben dieses Gemischten Ausschusses gehören insbesondere:

- a) Erörterung des Standes und der Entwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen,
- b) Ausarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung und Intensivierung des Warenaustausches und der wirtschaftlichen, industriellen, technischen, technisch-wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit,
- c) Unterbreitung von Empfehlungen zur Verwirklichung der Ziele dieses Abkommens.

Artikel 14

Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Anwendung oder Auslegung des vorliegenden Abkommens sollen durch Verhandlungen im Rahmen des im Art. 13 genannten Gemischten Ausschusses beigelegt werden.

Artikel 15

(1) Mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme einer Vertragspartei oder beider Vertragsparteien am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder des Beitritts zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) oder einer dieser nachfolgenden Organisationen sind die Vertragsparteien durch dieses Abkommen insofern nicht gebunden, als dies mit dem sich dadurch ergebenden Rechtsbestand unvereinbar ist.

(2) In diesem Fall werden die Vertragsparteien gemeinsam die weitergeltenden Bestimmungen des vorliegenden Abkommens feststellen.

Artikel 16

(1) Dieses Abkommen wird für die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

(2) Das vorliegende Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am ersten Tag des dritten Monats, der dem Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden, in Kraft.

Geschehen zu Wien, am 26. April 1994, in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und armenischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik
Österreich:

WOLFGANG SCHÜSSEL

Für die Republik
Armenien:

ARMEN JEGHIAZARIAN

[ARMENIAN TEXT — TEXTE ARMÉNIEN]

ՀԱՄԱԶԱՅՆԱԳԻՐ

ԱՎՍՏՐԻԱՅԻ ՀԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ ԵՎ ՀԱՅԱՍՏԱՆԻ ՀԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ ՄԻՋԵՎ ԵՐԿԿՈՂՄԱՆԻ ԱՐՏԱՔԻՆ ՏՆՏԵՍԱԿԱՆ ԿԱՊԵՐԻ ՄԱՍԻՆ

Ավստրիայի Հանրապետությունը և Հայաստանի Հանրապետությունը, որոնք հետագայում անվանվում են "Պայմանավորվող կողմեր",

- ղեկավարվելով երկկողմանի արտաքին տնտեսական կապերը ամրապնդելու ցանկությամբ,
- ձգտելով նպաստել հավասարության և փոխադարձ շահավետության հիման վրա, ապրանքաշրջանառության զարգացմանը և տնտեսական, արդյունաբերական, տեխնիկական և տեխնոլոգիական համագործակցությանը,
- համազված լինելով, որ սույն Համաձայնագիրը կստեղծի բարենպաստ նախադրյալներ և ամուր հիմք երկկողմանի արտաքին տնտեսական կապերի հետագա զարգացման համար,
- ելնելով շուկայական էկոնոմիկայի սկզբունքներից,

երկու պետություններում գործող օրենսդրության շրջանակներում պայմանավորվեցին ներհանրային վերաբերյալ:

Հոդված 1

1. Ավստրիայի Հանրապետությունը և Հայաստանի Հանրապետությունը միմյանց կտրամադրեն առավել բարենպաստության ռեժիմ մատուցելու և այլ տարբերի, ինչպես նաև ապրանքների արտահանման և ներմուծման դեպքում այդպիսի մատուցելու և այլ տարբերի գամման մեթոդների վերաբերյալ:

2. Պայմանավորվող կողմերը համաձայնվեցին, որ առավել բարենպաստության ռեժիմը չի տարածվի մասնավորապես այն արտադրությունների և առավելությունների վրա, որոնք Պայմանավորվող կողմերից մեկը տրամադրում է կամ հետագայում կտրամադրի:

- ա) հարեւան պետութիւններին՝ սահմանամերձ առեւտուրը հեշտացնելու նըպատակով,
- բ) պետութիւններին, որոնք իր հետ միասին մտնում են մաքսային միութեան, ազատ կամ արտոնյալ առեւտրի գոտու մեջ, որն արդէն գոյութիւն ունի կամ կոտեղծվի հետագայում,
- գ) երբորդ երկրներին թաղանթազերծութիւններէ շրջանակներում, որոնց չի մասնակցում մյուս Պայմանաւորվող կողմը:

Հոդված 2

Պայմանաւորվող կողմերը երկու պետութիւններում գործող օրենսդրութեան շրջանակներում կնպաստեն երկու երկրների ձեռնարկութեաններին, կազմակերպութեաններին, ընկերութեաններին եւ հիմնարկութեաններին միջեւ, որոնք հետագայում կանվանվեն "Ձեռնարկութեաններ", երկկողմանի արտաքին տնտեսական կապերի զարգացմանը:

Հոդված 3

1. Պայմանաւորվող կողմերը, ինչպէս իրենց հնարավորութեաններէ, եւ յուրաքանչյուր պետութիւնում գործող օրենսդրութեանը համապատասխան, կնպաստեն տնտեսական, արդյունաբերական, տեխնիկական, գիտատեխնիկական եւ տեխնոլոգիական համագործակցութեանը:
2. Պայմանաւորվող կողմերը համաձայնվում են, որ կան համագործակցութեան հնարավորութեաններ մասնաւորապէս հետեւյալ բնագավառներում՝
 - գյուղական եւ անտառային տնտեսութեան, գյուղատնտեսական եւ անտառային տեխնիկա,
 - ռմնդի արդյունաբերութեան, գյուղատնտեսական արտադրանքների վերամշակման, պահպանման, փաթեթաւորման եւ տեղափոխման թարեղակում,
 - գոյութիւն ունեցող սարքաւորումների վերակառուցում, մոդեռնացում, ընդարձակում եւ ավտոմատացում, պաշտպանական արդյունաբերութեան ձեռնարկութեաններին ապագազմակայացում,
 - թեթեւ արդյունաբերութեան, ներառյալ թարձրորակ եւ մրցունակ տեքստիլը, կարի, կոշիկի եւ կաշվե ապրանքների արտադրութեանը,
 - մետալուրգիա, ներառյալ գումաւոր մետալուրգիան, եւ մետաղամշակման արդյունաբերութեանը,

- համալիր արդյունաբերական արտադրությունների և սարքավորումների ստեղծում,
- բիմիական և նավթաբիմիական արդյունաբերություն,
- ատոմաէլեկտրակայան, բժշկական տեխնիկա և բժշկական ու դեղագործական արդյունաբերություն,
- շինարարություն, շինարարական նյութերի և սարքավորումների արտադրություն, շինարարական տեխնիկա,
- իրավաբանական, տնտեսական, վիճակագրական, տեխնիկական փաստաթղթերի, տեղեկատվությունների և հրապարակումների փոխանակում:

3. Համագործակցության բոլոր բնագավառներում նախագծերն իրականացվում են համաձայն բնապահպանական ամենաբարձր ստանդարտներին բավարարող առավել առաջավոր տեխնոլոգիաների:

Հոդված 4

Ելնելով ենթակառուցվածքի տնտեսապես շահավետ և բնապահպանման առումով անվտանգ համակարգեր ստեղծելու անհրաժեշտությունից, Պայմանավորվող կողմերը համաձայնվեցին հատուկ ուշադրություն դարձնել համագործակցությանը հետևյալ բնագավառներում՝

- էներգետիկա, հիդրոէներգետիկա,
- երկաթուղային ցանցեր,
- օդային հաղորդակցություն,
- մանապարհային ցանցեր,
- հեռուստահաղորդակցություն,
- տրանսպորտային գործ,
- թափոնների վերամշակման արդյունաբերություն և երկրորդական օգտագործում,
- հողի բարեղավում և ջրային տնտեսություն:

Հոդված 5

Պայմանավորվող կողմերը համաձայն են առ այն, որ գրոսաշրջիկությունը կարող է էական ավանդ ունենալ երկկողմանի արտաբին տնտեսական կապերի խորացման գործում:

1. Պայմանավորվող կողմերը գործող օրենսդրության շրջանակներում կնպաստեն զբոսաշրջիկության զարգացմանը՝ Միավորված Ազգերի Կազմակերպության Միջազգային զբոսաշրջիկության եւ ճանապարհորդությունների գծով կոնֆերանսի (Հոտ, 1963 թ.), ինչպես նաև "Զբոսաշրջիկության խարտիայի եւ զբոսաշրջիկի օրենսգրքի" (Սափիա, 1985 թ.) հանձնարարականների հիման վրա:

2. Տնտեսական, տեխնիկական եւ մասնագիտական համագործակցությունը զբոսաշրջիկության բնագավառում նախագծերի իրականացման, ինչպես նաև համապատասխան ենթակառուցվածքի զարգացման մեջ իրականացվում է, շրջամիջավայրի պահպանության սկզբունքների հիման վրա, հաշվի առնելով զբոսաշրջիկության ոլորտի որակը:

Հոդված 6

Պայմանավորվող կողմերը կաջակցեն արդյունաբերական սեփականության պահպանությանը եւ կապահովեն այն՝ իրենց հնարավորությունների եւ յուրաքանչյուր պետությունում գործող օրենսդրության եւ, մասնավորապես, արդյունաբերական սեփականության պահպանության գծով Փարիզյան կոնվենցիայի շրջանակներում, ինչպես նաև կհամաձայնեցնեն այս ոլորտում համագործակցության եւ ընդլայնման ուղղությամբ գործողությունները:

Հոդված 7

Վճարումները Ավստրիայի Հանրապետության եւ Հայաստանի Հանրապետության միջև կիրագործվեն պետություններից յուրաքանչյուրում գործող օրենսդրության համապատասխան՝ ազատ փոխարկելի տարադրամով:

Հոդված 8

1. Ապրանքափոխանակումը, ինչպես նաև տնտեսական, արդյունաբերական, տեխնիկական, գիտատեխնիկական եւ տեխնոլոգիական համագործակցությունը սույն Համաձայնագրի շրջանակներում իրականացվում է կոմերցիոն հիմունքներով:

2. Յուրաքանչյուր երկրում գործող օրենսդրության շրջանակներում, Պայմանավորվող կողմերի Ձեռնարկությունները առևտրի ծավալների մեծացման եւ փոխադարձաբար մատակարարվող ապրանքների անվանացանկի ընդլայնման նպատակով կարող են իրականացնել առևտուր համաշխարհային պրակտիկայում ընդունված ձևով, այդ թվում բարտերային եւ համգիպակաց գործարքների ձևով:

3. Երկու պետությունների Ձեռնարկությունների միջև առևտուրը կկատարվի ընթացիկ շուկայական գներով:

Հոդված 9

1. Պայմանավորվող կողմերը կանցկացնեն խորհրդատվություններ, երբ փոխադարձ առևտրում նկատվի որևէ ապրանքի ներմուծում այնպիսի քանակությամբ, կամ այնպիսի գներով ու պայմաններով, որոնք կհասցնեն կամ կսպառնան հասցնել զգալի վնաս՝ նման կամ անմիջապես մրցակցող ապրանքների հայրենական արտադրողներին:

Այդ դեպքում Պայմանավորվող կողմը, որը դիմել է խորհրդատվություն իրականացնելու խնդրանքով, գործող օրենսդրության շրջանակներում պետք է մյուս Պայմանավորվող կողմին տրամադրի ստեղծված իրադրության մանրամասն ուսումնասիրման համար անհրաժեշտ ամբողջ տեղեկատվությունը:

2. Եթե խորհրդատվությունների ժամանակ Պայմանավորվող կողմերը փոխհամաձայնեցված կարգով հիմնավորեն, որ առաջին կետում նշված իրադրության միջավայրի, բնության, լանդշաֆտի եւ հողի պահպանություն, ներառյալ բույսերի պահպանության կենսաբանական միջոցների արտադրությունը եւ կիրառումը,

— բնական ռեսուրսների եւ լեռնարդյունաբերական արտադրամիջավայրի հետախուզում, որակի բարելավում եւ հետագա վերանշակում, ինչպես նաեւ մարմնակերպություն,

— բուժիչ եւ հանգստյան ջրեր,

— էլեկտրակայանների, մասնավորապես հիդրոէներգետիկայի բնագավառում, ինչպես նաեւ էլեկտրահազորման բարձր լարման գծերի ցանցի եւ բնական գազի ու նավթի տեղափոխման համար խողովակաշարերի ցանցերի ընդլայնում,

— էլեկտրասարքեր եւ կենցաղային տեխնիկա,

— էլեկտրոնային եւ էլեկտրատեխնիկական արդյունաբերություն,

— փայտամշակման, թղթի եւ ցելյուլոզի արդյունաբերություն,

— մեքենաների վերապատրաստում եւ ուսուցում՝ արտաքին առևտրի, տրանսպորտի կառավարման, զբոսաշրջիկության, արդյունաբերական սեփականության, բանկային, ֆինանսական եւ ապահովագրության բնագավառներում:

Նման համագործակցությունը կարող է իրականացվել հետևյալ ձևերով՝

- համատեղ ձեռնարկությունների ստեղծում եւ ռազմապետական անվտանգության բոլոր ոլորտներում,
- մերկայացուցչությունների եւ ֆիրմաների մասնաձեռնարկի ստեղծում,
- տեխնոլոգիաների, "նոր-հատ"-ների, ներառյալ կիրառական հետազոտությունները, փոխանակում,
- պատեմությունների եւ լիցենզիաների, ինչպես նաեւ արդյունաբերական սեփականության համար տրվող այլ իրավունքների փոխանակում,
- նորամտերի եւ ստանդարտների ներդաշնակեցում,
- սերտիֆիկացում,
- ֆինանսական, բանկային եւ ապահովագրական ծառայությունների, մարքեթինգի եւ այլ ծառայությունների տրամադրում,
- տեխնիկատնտեսական հիմնավորումների մշակում,
- համատեղ սերմնարների, սիմպոզիումների եւ կոնֆերանսների կազմակերպում եւ անցկացում, տնտեսական հարցերով պատվիրակությունների եւ փորձագետների փոխանակում, տեղափոխումների եւ ցուցահանդեսների կազմակերպում,

վիճակն առկա է, սպա կսահմանափակվի արտահանումը, կամ կձեռնարկվեն այլ միջոցառումներ՝ վնասը կանխելու կամ վերացնելու նպատակով:

3. Եթե Պայմանավորվող կողմերը համաձայնության չեն գա, սպա խորհրդատվությունների անցկացման մասին դիմող Պայմանավորվող կողմը իրավունք կունենա սահմանափակել համապատասխան ապրանքների ներմուծումը այն չափով եւ այն ժամկետով, որն անհրաժեշտ է վնասը կանխելու կամ վերացնելու համար:

Մյուս Պայմանավորվող կողմը այդ դեպքում իրավունք կունենա հրաժարվել առաջին Պայմանավորվող կողմի նկատմամբ իր ստանձնած պարտավորություններից՝ առեւտրի մոտավորապես համարժեք ծավալի չափով:

4. Չզնաժամային դեպքերում, երբ հետաձգումը կարող է զգալի վնաս հասցնել, ժամանակավոր միջոցները կձեռնարկվեն առանց նախնական խորհրդատվությունների:

Այս դեպքում տվյալ միջոցներ կիրառող Պայմանավորվող կողմն ամբիջապես եւ զբավոր ձեռով կտեղեկացնի մյուս Պայմանավորվող կողմին, որից հետո անհապաղ պետք է սկսվեն խորհրդատվությունները:

5. Պայմանավորվող կողմերը սույն հոդվածին համապատասխան միջոցներ ընտրելիս պետք է նախապատվություն տան այն միջոցառումներին, որոնք նվազագույն բացասական ազդեցություն կունենան սույն Համաձայնագրի հետագա գործունեության վրա:

Հոդված 10

Պայմանավորվող կողմերն ընդունում են փոքր եւ միջին ձեռնարկությունների ավելի ակտիվ մասնակցության օգտակարությունը եւ անհրաժեշտությունը երկկողմանի արտաֆին տնտեսական կապերում:

Հոդված 11

1. Պայմանավորվող կողմերը երաշխավորում են Ձեռնարկություններին նախընտրելի վեճերը լուծել բարեկամական համապարհով, փոխադարձ համաձայնությամբ:

2. Յուրաքանչյուր Պետությունում գործող օրենսդրության շրջանակներում Պայմանավորվող կողմերը կիրառվում են Միավորված Ազգերի Կազմակերպության միջազգային առևտրի իրավունքի գծով հանձնաժողովի (ՅՈՒՆՍԻՏՐԱԼ) կողմից մշակված Արբիտրաժային Կանոնակարգի կիրառումը եւ օտարերկրյա արբիտրաժային որոշումների համաչափ եւ ի կատար ածման մասին կոնվենցիայի (Նյու-Յորք, 10 հունիսի 1958 թ.) մասնակից պետություններին որևէ մեկի արբիտրաժային մարմիններին դիմելը:

Հոդված 12

Սույն Համաձայնագրի դադարեցումից կամ փոփոխումից հետո նրա դրույթները կկիրառվեն երկու պետությունների Ձեռնարկությունների միջերկրյա պայմանագրերի նկատմամբ, որոնցում նշված պարտավորություններն առաջացել են նրա գործունեության ժամանակաընթացքում եւ մասամբ կամ լիովին չեն կատարված Համաձայնագրի դադարեցման կամ փոփոխման պահին:

Հոդված 13

1. Սույն Համաձայնագրով ստեղծվում է հառը հանձնաժողով, որը կգործի Պայմանավորվող կողմերից յուրաքանչյուրի ցանկությամբ, հերթով՝ Ավստրիայում կամ Հայաստանում:

2. Խառը համձնաժողովի խնդիրների մեջ մասնավորապես մտնում են՝
- ա) երկկողմանի արտաքին տնտեսական կապերի վիճակի եւ զարգացման բննարկումը,
 - բ) ապրանքաշրջանառության եւ տնտեսական, արդյունաբերական, տեխնիկական, գիտատեխնիկական եւ տեխնոլոգիական համագործակցության կատարելագործման եւ ընդլայնման ուղղությամբ առաջարկությունների մշակումը,
 - գ) սույն Համաձայնագրի նպատակների իրականացման վերաբերյալ համձնարարականների ներկայացումը:

Հոդված 14

Տարաձայնությունները Պայմանավորվող կողմերի միջև սույն Համաձայնագրի կիրառման կամ մեկնարանման կապակցությամբ կլուծվեն բանակցությունների ճանապարհով 13-րդ հոդվածում նշված խառը համձնաժողովի շրջանակներում:

Հոդված 15

1. Պայմանավորվող կողմը կամ երկու Պայմանավորվող կողմերը Եվրոպական Տնտեսական Տարածքում (ԵՏՏ) իրական մասնակցություն ունենալու կամ Եվրոպական Միության (ԵՄ) կամ նրա՝ իրավահաջորդ համդիսացող կազմակերպության մտնելու օրից սկսած, կասկած չեն լինի սույն Համաձայնագրով, այնքանով, որքանով, որ դա անհամարեղելի կլինի այս հոդվածում նշված կազմակերպությունների անդամ լինելու նրանց կարգավիճակի հետ:

2. Այդ դեպքում Պայմանավորվող կողմերը կորոշեն հետագայում սույն Համաձայնագրի մնացած հոդվածների գործողության կարգը:

Հոդված 16

1. Սույն Համաձայնագիրը կնքվում է երկու տարվա ժամկետով եւ ինքնաբերաբար երկարացվում է յուրաքանչյուր հաջորդ տարվա համար, եթե Պայմանավորվող կողմերից ոչ մեկը նրա գործողության ժամկետը լրանալուց երեք ամիս առաջ մյուս Պայմանավորվող կողմին դիվանագիտական ուղիներով գրավոր չի ծանուցում Համաձայնագիրը լուծարելու իր մտադրության մասին:

2. Սույն Համաձայնագիրը ենթակա է վավերացման եւ ուժի մեջ է մտնում վավերացման փաստաթղթերի փոխանակման ամսվան հաջորդող երրորդ ամսվա առաջին օրից:

ստորագրված է Վիեննայում... 26. 04. 1994

Երկու բնօրինակով, յուրաքանչյուրը գերմաներեն եւ հայերեն լեզուներով, ընդ որում՝ երկու տեքստերն էլ հավասարազոր են:

ԱՎՍՏՐԻԱՅԻ ՀԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ
ԿՈՂՄԻՑ



ՀԱՅԱՍՏԱՆԻ ՀԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ
ԿՈՂՄԻՑ



[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE
REPUBLIC OF ARMENIA ON BILATERAL FOREIGN TRADE
RELATIONS

The Republic of Austria and the Republic of Armenia, hereinafter referred to as “the Contracting Parties”,

Desiring to strengthen existing bilateral foreign trade relations,

Seeking to promote the exchange of goods and economic, industrial, technical, scientific and technical and technological cooperation on the basis of equality and mutual advantage,

Convinced that this Agreement creates favourable conditions and an appropriate basis for the further development of bilateral foreign trade relations,

On the basis of market-economy principles,

In conformity with the law in force in the two States,

Have agreed as follows:

Article 1

1. The Republic of Austria and the Republic of Armenia shall accord each other most-favoured-nation treatment in respect of customs and other duties and of the procedure for the determination of such customs and other duties as are levied on the occasion of the import or export of goods.

2. The Contracting Parties agree that most-favoured-nation treatment shall in particular not apply to concessions, advantages or exemptions which either Contracting Party grants or will grant to:

(a) Neighbouring States for the facilitation of border traffic;

(b) States which are fellow members with it of a customs union or a free-trade or preferential-trade area that already exists or will be established in the future;

(c) Third States in the application of multilateral agreements in which the other Contracting Party does not participate.

Article 2

The Contracting Parties shall, in conformity with the law in force in each State, promote their bilateral foreign trade relations between enterprises, organizations, companies and institutions, hereinafter referred to as “enterprises”, of the two States.

Article 3

1. The Contracting Parties shall, to the extent possible and in accordance with the law in force in each State, promote economic, industrial, technical, scientific and technical and technological cooperation.

¹ Came into force on 1 February 1997 by the exchange of the instruments of ratification, which took place at Vienna, in accordance with article 16.

2. The Contracting Parties agree that there are opportunities for cooperation, particularly in the following areas:

- Agriculture and forestry; agricultural and forest technology;
- Food industry, improvement of the processing, storage, packaging and transport of agricultural products;
- Reconstruction, modernization, expansion and automation of existing facilities; conversion of the armaments industry;
- Light industry, including the production of more high-quality and competitive textiles, clothing, shoes and leather goods;
- Metallurgy, including non-ferrous metallurgy and the metalworking Industry;
- Large-scale industrial facilities;
- Chemical and petrochemical industry;
- Public health, medical technology, medical and pharmaceutical industries;
- Construction; production of building materials and related equipment; building technology;
- Environmental protection and nature, landscape and soil conservation, including production and use of biological pesticides;
- Exploration, extraction, treatment, refinement and processing and marketing of mineral resources and mining products;
- Curative and mineral waters;
- Development and reconstruction of power stations, particularly in the field of hydropower, and high-voltage transmission lines and natural gas and oil pipelines;
- Electrical equipment and household appliances;
- Electronic and electrical industries;
- Timber-processing, paper and cellulose industries;
- Training and further training in the fields of management, foreign trade, economic administration, tourism, trade law, and banking, finance and insurance.

Such cooperation could be carried out in the following ways:

- Establishment of joint enterprises and investments in all areas of economic activity;
- Establishment of company agencies and branches;
- Transfer of technology and know-how; applied research;
- Exchange of patents and licences and other property rights;
- Harmonization of norms and technical regulations;
- Certification and testing;
- Financial, banking and insurance services, marketing, consulting and other services;
- Preparation of feasibility studies;

- Organization and implementation of joint seminars, symposia and conferences; holding of exhibitions and fairs; exchange of delegations and experts in the field of economy;
- Exchange of legal, economic, statistical and technical documentation, information and publications.

3. In all areas of cooperation, the projects should in principle be carried out in keeping with the highest standards of environmental technologies.

Article 4

Mindful of the need to create economically sound and environmentally justifiable infrastructure systems, the Contracting Parties shall devote the greatest attention to cooperation in the following fields:

- Energy; hydropower;
- Railway networks;
- Air travel;
- Road networks;
- Telecommunications;
- Transport;
- Recycling and waste management;
- Soil improvement and water management.

Article 5

The Contracting Parties agree that tourism can contribute to the intensification of bilateral foreign trade relations.

1. The two Contracting Parties shall promote tourism in conformity with the law in force in each State and on the basis of the recommendations of the United Nations Conference on International Travel and Tourism, held in Rome in 1963, and of the Tourism Bill of Rights and Tourist Code, adopted in Sofia in 1985.

2. Economic, technical and professional cooperation in tourism projects and in the further development of the relevant infrastructure shall be conducted in accordance with the principles of environmental protection and shall take into consideration the quality of tourism.

Article 6

The Contracting Parties shall promote the protection of industrial property and its enforcement to the best of their ability in conformity with the law in force in each State and, in particular, on the basis of the Paris Union for the Protection of Industrial Property and shall agree on measures to develop and expand cooperation.

Article 7

Payment transactions between the Republic of Austria and the Republic of Armenia shall be made in freely convertible currency in accordance with the regulations in force in each State.

Article 8

1. The exchange of goods and economic, industrial, technical and scientific and technical and technological cooperation under this Agreement shall be conducted on a commercial basis.

2. In conformity with the law in force in each State, enterprises of the two Contracting Parties may, with a view to increasing the volume of trade and diversifying goods, engage in any form of trade, including countertrade and barter, in accordance with international trade practices.

3. Trade between enterprises of the two States shall be conducted at fair market prices.

Article 9

1. The Contracting Parties shall enter into consultations as soon as any article is imported in trade between the Contracting Parties in such quantities, at such prices or on such terms which would cause or threatens to cause serious damage to domestic manufacturers of similar or directly competing goods.

In such case, the Contracting Party which requested the consultations shall make available to the other Contracting Party, in conformity with the law in force in each State, all the information required for an examination of the facts.

2. When, as a result of such consultations, the Contracting Parties agree that a situation of the kind referred to in paragraph 1 exists, exports shall be restricted or other measures shall be taken to prevent or eliminate damage.

3. If the Contracting Parties are unable to reach agreement, the Contracting Party which requested the consultations shall be free to restrict the import of the article in question to the extent and for the duration necessary to prevent or eliminate damage. The other Contracting Party shall then be free to derogate from its obligations to the former Contracting Party in respect of a volume of trade of essentially equal value.

4. In particularly urgent cases in which delay would cause serious damage, provisional measures may be taken without prior consultations. In such case, the Contracting Party which took the provisional measures shall notify the other Contracting Party in writing without delay, after which consultations shall be held immediately.

5. In choosing measures pursuant to this article, the Contracting Parties shall give preference to measures which least impair the continued operation of this Agreement.

Article 10

The Contracting Parties recognize the usefulness and necessity of greater participation by small and medium-sized enterprises in bilateral foreign trade relations.

Article 11

1. The Contracting Parties recommend that mutually agreed, amicable solutions should be the primary means of settling disputes between enterprises.

2. In conformity with the law in force in each State, the Contracting Parties recommend the use of the Arbitration Rules prepared by the United Nations Commission on International Trade Law (UNCITRAL)¹ and recourse to an arbitral tribunal of a State signatory to the Convention on the Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards concluded in New York on 10 June 1958.²

Article 12

The legal obligations assumed by enterprises of the two States during the period of validity of this Agreement shall not be affected by the expiry or amendment of this Agreement.

Article 13

1. A Joint Commission shall be established under this Agreement and shall meet alternately in Austria or Armenia at the request of either Contracting Party.

2. The tasks of the Joint Commission shall include, in particular:

- (a) Discussion of the state and development of bilateral foreign trade relations;
- (b) Preparation of proposals for improving and intensifying the exchange of goods and economic, industrial, technical, scientific and technical and technological cooperation;
- (c) Submission of recommendations on ways of implementing the objectives of this Agreement.

Article 14

Disputes between the Contracting Parties concerning the application or interpretation of this Agreement shall be settled through negotiations within the framework of the Joint Commission referred to in article 13.

Article 15

1. In the event of the participation of one or both Contracting Parties in the European Economic Area (EEA) or of accession to the European Communities (EC) or a successor organization, the Contracting Parties shall not be bound by this Agreement in so far as the latter is incompatible with the resulting legal situation.

2. In such case, the Contracting Parties shall jointly determine which provisions of this Agreement shall remain in force.

Article 16

1. This Agreement is concluded for a period of two years and shall be extended for successive one-year periods unless one of the Contracting Parties terminates it in writing through the diplomatic channel three months prior to the expiry of the current period of validity.

2. This Agreement is subject to ratification and shall enter into force on the first day of the third month following the month in which the instruments of ratification are exchanged.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 330, p. 3.

² United Nations, *Official Records of the General Assembly, Thirty-first Session, Supplement No. 17 (A/31/17)*, p. 34.

DONE at Vienna on 26 April 1994 in duplicate in the German and Armenian languages, both texts being equally authentic.

For the Republic
of Austria:

WOLFGANG SCHÜSSEL

For the Republic
of Armenia:

ARMEN YEGHIAZARIAN

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE D'ARMÉNIE SUR LES RELATIONS BILATÉRALES DE COMMERCE EXTÉRIEUR

La République d'Autriche et la République d'Arménie, ci-après dénommées « les Parties contractantes »,

Animées du désir de renforcer les relations économiques extérieures bilatérales existantes,

S'efforçant de promouvoir les échanges commerciaux et la collaboration économique, industrielle, technique et technico-scientifique sur la base de l'égalité des droits et de l'avantage réciproque,

Convaincues que le présent Accord créera des conditions favorables et une base appropriée pour le développement ultérieur des relations économiques extérieures bilatérales,

S'appuyant sur les principes de l'économie de marché,

Dans le cadre des dispositions légales en vigueur dans les deux Etats,

Sont convenues de ce qui suit :

Article premier

1. La République d'Autriche et la République d'Arménie s'accordent mutuellement un traitement conforme au principe de la nation la plus favorisée en ce qui concerne les droits de douane et autres droits ainsi que les modalités de perception de ces droits de douane et autres droits, perçus à l'occasion de l'importation ou de l'exportation de marchandises.

2. Les Parties contractantes conviennent que le principe de la nation la plus favorisée ne s'applique pas en particulier aux facilités, avantages ou exonérations accordés ou devant être accordés par l'une des Parties contractantes :

a) A des Etats voisins en vue de faciliter le trafic frontalier;

b) A des Etats qui appartiennent avec cette Partie à une union douanière ou à une zone de libre échange ou d'échanges préférentiels déjà existante ou devant être ultérieurement créée;

c) A des Etats tiers en application d'accords multilatéraux auxquels l'autre Partie contractante n'est pas partie.

Article 2

Les Parties contractantes prendront des dispositions pour promouvoir dans le cadre des dispositions législatives en vigueur dans chaque Etat leurs relations économiques extérieures bilatérales entre les entreprises, organisations, sociétés et institutions, ci-après dénommées « les entreprises » des deux Etats.

¹ Entré en vigueur le 1^{er} février 1997 par l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Vienne, conformément à l'article 16.

Article 3

1. Les Parties contractantes encourageront dans la mesure de leurs possibilités et conformément aux dispositions législatives en vigueur dans chaque État la collaboration économique, industrielle, technique, technico-scientifique et technologique.

2. Les Parties contractantes conviennent qu'il existe de bonnes possibilités de coopération dans les domaines suivants :

- Agriculture et foresterie : techniques agricoles et forestières;
- Industrie alimentaire : amélioration de la transformation, du stockage, de l'emballage et du transport des produits agricoles;
- Rétablissement, modernisation, développement, automatisation des installations existantes; reconversion du secteur des armements;
- Industrie légère, y compris la fabrication de produits concurrentiels et de valeur élevée dans le domaine des textiles, de l'habillement, des chaussures et du cuir;
- Métallurgie, y compris la métallurgie des métaux non ferreux et l'industrie de transformation des métaux;
- Grandes installations industrielles;
- Industrie chimique et pétrochimique;
- Secteur de la santé, techniques médicales, industrie médicale et pharmaceutique;
- Construction; fabrication de matériaux de construction et d'équipements connexes; techniques de la construction;
- Protection de l'environnement, de la nature, du paysage et des sols, y compris la fabrication et l'emploi de produits phytosanitaires biologiques;
- Exploration, extraction, préparation, enrichissement, transformation et commercialisation de ressources et de produits miniers;
- Exploitation des eaux thermales et minérales;
- Développement et remise en état des centrales électriques, notamment des centrales hydrauliques, ainsi que du réseau de transport haute tension et des gazoducs et oléoducs;
- Appareils électriques et électroménagers;
- Industrie de transformation du bois, de la pâte à papier et du papier;
- Formation et perfectionnement dans les domaines de la gestion des entreprises, du commerce extérieur, de la gestion économique, du tourisme, de la protection juridique professionnelle, de la banque, des finances et de l'assurance.

Cette collaboration pourrait prendre les formes suivantes :

- Création de coentreprises et investissements dans tous les secteurs de l'économie;
- Fondation de représentations et de succursales;
- Transfert de technologie et de savoir-faire; recherche appliquée;
- Echange de brevets, de licences et d'autres marques de protection;
- Harmonisation des normes et prescriptions techniques;

- Homologation et vérification;
- Services financiers, bancaires et d'assurance, commercialisation, services de conseil et autres prestations de services;
- Etablissement d'études de faisabilité;
- Organisation et tenue de séminaires, conférences et colloques conjoints; organisation d'expositions et de foires; échange de délégations et d'experts en matière économique;
- Echange de documents juridiques, économiques, statistiques et techniques, d'informations et de publications.

3. Dans tous les domaines de collaboration, les projets doivent en règle générale être réalisés selon les normes les plus élevées des techniques de protection de l'environnement.

Article 4

Les Parties contractantes, conscientes de la nécessité de la réalisation de systèmes d'infrastructure économiquement raisonnables et écologiquement sûrs, accorderont le plus grand intérêt à la coopération dans les domaines suivants :

- Energie, énergie hydroélectrique;
- Réseaux de chemin de fer;
- Navigation aérienne;
- Réseaux routiers;
- Télécommunications;
- Transports;
- Recyclage et gestion des déchets;
- Amélioration des sols et gestion des ressources en eau.

Article 5

Les Parties contractantes conviennent que le tourisme peut contribuer dans une mesure importante à renforcer les relations économiques extérieures bilatérales.

1. Dans le cadre des dispositions législatives en vigueur dans chaque Etat et sur la base des recommandations de la Conférence des Nations Unies sur le tourisme et les voyages internationaux (Rome, 1963) et de la « Charte du tourisme et Code du touriste » (Sofia 1985), les deux Parties contractantes encourageront le développement du tourisme.

2. La coopération économique, technique et professionnelle dans le cadre de projets relatifs au tourisme ainsi qu'au cours de l'édification de l'infrastructure correspondante doit s'effectuer selon les principes de la protection de l'environnement et de la qualité du tourisme.

Article 6

Les Parties contractantes favoriseront la protection de la propriété industrielle et sa mise en œuvre dans le cadre de leurs possibilités et des prescriptions légales en vigueur dans chaque Etat et en particulier sur la base de la Convention de Paris pour

la protection de la propriété industrielle et elles conviendront de mesures en vue de développer et de renforcer la coopération.

Article 7

Les transferts de paiement entre la République d'Autriche et la République d'Arménie s'effectuent en devises librement convertibles, conformément aux prescriptions en vigueur en matière de devises dans chaque Etat respectif.

Article 8

1. Les échanges de marchandises et la coopération économique, industrielle, technique, technico-scientifique et technologique dans le cadre du présent Accord s'effectuent sur une base commerciale.

2. Dans le cadre des dispositions légales en vigueur dans les deux Etats, les entreprises des deux Parties contractantes peuvent, en vue d'accroître et de diversifier les échanges de marchandises, commercer sous n'importe quelle forme, en pratiquant par exemple les opérations de troc et de compensation, conformément aux usages du commerce international.

3. Le commerce entre les entreprises des deux Etats s'effectue aux prix du marché.

Article 9

1. Si dans le commerce entre les Parties contractantes, une marchandise est importée dans des quantités telles, à des prix tels ou à des conditions telles qu'il en résulte ou qu'il risque d'en résulter un préjudice grave pour un producteur national de marchandises de même nature ou directement concurrentes, les Parties contractantes procèdent immédiatement à des consultations.

Dans ce cas la Partie contractante qui a demandé les consultations met à la disposition de l'autre Partie toutes les informations nécessaires au contrôle des faits dans le cadre des prescriptions légales en vigueur dans l'Etat correspondant.

2. Si, au cours de ces consultations, les Parties contractantes constatent d'un commun accord qu'il existe bien une situation prévue au premier paragraphe, les exportations seront limitées ou d'autres mesures seront prises pour assurer la prévention ou l'élimination du préjudice.

3. Si les Parties contractantes ne parviennent pas à se mettre d'accord, la Partie contractante qui a demandé la consultation a le droit d'apporter des restrictions aux importations des marchandises en question, dans la mesure nécessaire et aussi longtemps qu'il le faut pour assurer la prévention ou l'élimination du préjudice. L'autre Partie contractante a alors le droit de ne pas respecter ses obligations à l'égard de la première Partie contractante, pour un volume d'échanges commerciaux de valeur sensiblement égale.

4. Dans les cas où un retard serait de nature à causer un dommage grave, des mesures provisoires peuvent être prises sans consultations préalables. Dans ce cas la Partie contractante qui a pris les mesures provisoires en informe sans retard et par écrit l'autre Partie contractante. Des consultations doivent être engagées ensuite immédiatement.

5. Dans le choix des mesures à prendre au titre du présent article les Parties contractantes donnent la préférence aux mesures qui portent le moins atteinte au fonctionnement ultérieur du présent Accord.

Article 10

Les Parties contractantes reconnaissent l'utilité et la nécessité d'une plus forte participation des petites et moyennes entreprises aux relations économiques extérieures bilatérales.

Article 11

1. Les Parties contractantes recommandent aux entreprises de recourir en premier lieu et d'un commun accord à des solutions amiables pour régler leurs différends.

2. Dans le cadre des dispositions légales en vigueur dans les deux Etats, les Parties contractantes recommandent l'application des règles d'arbitrage élaborées par la Commission des Nations Unies pour l'arbitrage commercial (CNUDCI)¹ et la saisine d'un tribunal arbitral de l'un des Etats signataires de la Convention adoptée en 1958 à New York sur la reconnaissance et l'exécution des sentences arbitrales étrangères².

Article 12

Une modification partielle ou totale du présent Accord ou l'expiration de sa validité n'ont aucun effet sur les obligations juridiques souscrites par les entreprises des deux Etats pendant la durée de validité du présent Accord.

Article 13

1. Aux termes du présent Accord, il est créé une « Commission mixte » qui se réunira alternativement à la demande de l'une des Parties contractantes en Autriche ou en Arménie.

2. Les tâches de cette Commission mixte sont notamment les suivantes :

a) Examen de l'état et de l'évolution des relations commerciales et économiques bilatérales;

b) Elaboration de propositions visant à améliorer et intensifier les échanges commerciaux et la coopération économique, industrielle, technique, technico-scientifique et technologique;

c) Présentation de recommandations en vue de la réalisation des objectifs du présent Accord.

Article 14

Les divergences d'opinion entre les Parties contractantes concernant l'application ou l'interprétation du présent Accord doivent être réglées par des négociations dans le cadre de la Commission mixte mentionnée à l'article 13.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 330, p. 3.

² Nations Unies, *Documents officiels de l'Assemblée générale, trente-et-unième session, Supplément n° 17 (A/31/17)*, p. 36.

Article 15

1. En cas de participation de l'une des Parties contractantes ou des deux Parties à l'Espace économique européen (EEE) ou d'adhésion aux Communautés européennes (CE) ou à une organisation leur faisant suite, les Parties contractantes ne sont pas liées par le présent Accord dans la mesure où cela est incompatible avec la situation juridique qui en résulte.

2. Dans ce cas les Parties contractantes déterminent ensemble quelles dispositions du présent Accord restent en vigueur.

Article 16

1. Le présent Accord est conclu pour une durée de deux ans et est automatiquement renouvelable pour une nouvelle année, si l'une des deux Parties contractantes ne l'a pas dénoncé par écrit, par la voie diplomatique, trois mois avant l'expiration de sa validité.

2. Le présent Accord doit être ratifié et il entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant le mois au cours duquel les documents de ratification auront été échangés.

FAIT à Vienne, le 26 avril 1994, en deux exemplaires, en langues allemande et arménienne, les deux textes faisant également foi.

Pour la République
d'Autriche :

WOLFGANG SCHÜSSEL

Pour la République
d'Arménie :

ARMEN JEGHIAZARIAN
